



HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 2503 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 26565 UNOL D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHEN MEINUNGEN DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH ROCKSPRACHE MIT DER REDAKTION . (DER GRUNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSACHSISCHE MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH SICH DER FÜHRUNG DIESES NAMENS DURCH DIE UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

22. Januar
2/78

Konzil stellt sich hinter Vorstand

Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Oldenburg gegen Konzilsmitglieder wegen Beleidigung des NHB hat im Konzil zu einer grossen Geschlossenheit geführt. Einstimmig billigte das höchste Gremium der Universität den Inhalt eines Briefes des Vorstandes an die Staatsanwaltschaft, in dem der von der Staatsanwaltschaft beanstandete Beschluss des Konzils aus dem Jahre 1975 in der Sache und in der Formulierung als richtig und politisch als notwendig bezeichnet worden war.

Gleichzeitig hatte es der Vorstand in seinem Schreiben als Skandal bezeichnet, daß die Anzeige des NHB überhaupt zu einem Ermittlungsverfahren führen konnte und nicht stattdessen die Tätigkeit nationalsozialistischer Nachfolgeorganisationen entsprechend dem Artikel 139 des Grundgesetzes unterbunden werde. Wie bereits berichtet, hatte das Konzil 1975 festgestellt, daß der NHB eine geistige Nachfolgeorganisation der Mörder Carl von Ossietzkys sei.

Gremien- und Stupawahlen

Wahlbeteiligung von größter Bedeutung

Mit Nachdruck hat der Rektor der Universität, Professor Rainer Krüger, alle Studenten aufgefordert, sich an den Wahlen zum Studentenparlament, die in dieser Woche stattfinden, und an den Wahlen zu den Gremien, die in der Zeit vom 31. Januar bis 2. Februar angesetzt sind, zu beteiligen. Dies sei, so Krüger, u. a. angesichts der Tatsache, daß Bestrebungen in Gange sein, die Rechte der Studenten durch Beschniedigung der Verfaßten Studentenschaft immer mehr einzuschränken, von besonderer Wichtigkeit.

Um die Sitze im Studentenparlament zu erhalten, werben sich sieben Studentengruppen mit 186 Kandidaten sowie ein Einzelkandidat des NHB. Der SHB stellt mit 67 Kandidaten die größte Liste, gefolgt vom MSB Spartakus (50), der Basisgruppe Projektinitiative (27), der Juso-HSG (14), dem LHV (11), dem RCDS (9) und der vom KSB getragenen Demokratischen Liste (7).

Das Studentenparlament wählt den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA), der sich in der letzten Amtsperiode aus einer Koalition von SHB, MSB Spartakus und LHV zusammensetzte. Eine solche Koalition wird es aller Voraussicht nach in diesem Jahr nicht mehr geben, da es der LHV abgelehnt hat, mit dem MSB Spartakus erneut zusammenzugehen. Juso-Hochschulgruppe und die Basisgruppe haben sowohl eine Kooperationsvereinbarung als auch eine Fortsetzung auf Seite 3

Briefwahl

Zu den Gremienwahlen ist die Briefwahl zulässig. Die erforderlichen Unterlagen können in der Zeit vom 26. Januar bis 30. Januar (16. Uhr) bei der zuständigen Sachbearbeiterin Ilona Neuhaus (A 209) beantragt werden.

Der Wahlberechtigte muß sich dabei amtlich ausweisen. Die Stimmabgabe durch Briefwahl kann bei Abholung der Wahlunterlagen erfolgen. Bis spätestens 2. Februar müssen die Briefwähler ihre Stimme beim Wahlleiter (Raum A 209) oder im Wahllokal abgegeben werden. In diesem Zusammenhang weist der Wahlleiter noch einmal darauf hin, daß eine Stimmabgabe ohne Ausweis unter keinen Umständen möglich ist.

Gefälschtes Schreiben

Mit einer nicht gerade feinen Fälschung haben offensichtlich Studenten versucht, ihre eigenen Kommilitonen im Fach Physik weiter zu verunsichern. Sie sandten Ihnen per Post mit offiziellem Briefkopf des Rektors und der Unterschrift "Wilhelm Busch" versehenes Schreiben zu, in dem mitgeteilt wird, "daß für das Sommersemester 1978 im Fach Physik keinerlei Lehrangebot mehr erfolgen wird". Diese Behauptung ist ebenso unwahr wie die weiteren Aussagen des Briefes, der in einem offiziellen Stil verfaßt ist und nicht zuletzt von einigen Studenten ernstgenommen wurde.

Psycho-soziale Beratungsstelle nimmt Arbeit auf

Die psycho-soziale Beratungsstelle an der Universität Oldenburg tritt am 24. Januar erstmals an die Öffentlichkeit. In einer Informationsveranstaltung um 20.00 Uhr (Konferenzzimmer D 104) will sie mit Interessenten folgende Schwerpunkte diskutieren:

- Was ist, wie arbeitet eine psycho-soziale Beratungsstelle?
- Welche besonderen Probleme können an der Universität zu psychischen Schwierigkeiten führen?
- Wie kann man mit der psycho-sozialen Beratungsstelle zusammenarbeiten (Selbsthilfegruppen, Kooperation mit Projekten usw.)?

FHS-Angehörige für Namensgebung

95 Hochschullehrer und Studenten der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, gegründet von der deutschen Jüdin Alice Salomon, haben in einem Schreiben Wissenschaftsminister Professor Eduard Pestel aufgefordert, umgehend den Entschluß der Mitglieder der Universität Oldenburg, ihrer Hochschule den Namen Carl von Ossietzkys zu geben, uneingeschränkt anzuerkennen.

Konzil fordert Einstellung von Mathematikassistenten

Protestiert hat das Konzil der Universität Oldenburg gegen die Nichteinstellung des Mathematikers Horst-Eckart Gross, der vom Fachbereich und Senat für die Besetzung einer Assistentenstelle vorgeschlagen war. Die Nichteinstellung begründete die Landesregierung mit Zweifeln an der Verfassungstreue von Gross. Dem derzeitigen wissenschaftlichen Angestellten an der Bielefelder Universität und Geschäftsführer des Projektes "Mathematik in der Industriegesellschaft" wurde in seinem Ablehnungsbescheid u. a. die Mitgliedschaft im SDS, die Mitgliedschaft in der DKP und die Mitgliedschaft in der Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland-Kuba als "Beweismittel" zu verwenden.

Angesichts der Ausweitung der verfassungswidrigen Berufsverbote-Praxis und der damit verbundenen, immer weiter um sich greifenden Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei bekräftigt das Konzil seinen Willen zum Widerstand gegen diese Praxis und fordert alle Hochschulmitglieder auf, aktiv gegen die Berufsverbote und für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte einzutreten und wendet sich mit der Forderung an die Landesregierung, die verfassungswidrige Berufsverbotspraxis und Gesinnungsschnüffelei unmittelbar zu beenden und alle vom Berufsverbot Betroffenen zu rehabilitieren."

Wörtlich heißt es weiter: "Besonders empörend ist es, daß das aktive Eintreten für die Freundschaft mit dem kubanischen Volk als "verfassungsfeindlich" gebrandmarkt werden soll, ob-

Betrügerischer Brief sollte Z-Prüflinge und Uni diffamieren

Wieder einmal ist die Universität einer Kampagne des Philologenverbandes und Vertretern der örtlichen CDU - einschließlich des Bundestagsabgeordneten Werner Broll - ausgesetzt. Daß die Herren in ihren Formulierungen nicht zimmerlich sind, vor Unterstellungen und persönlichen Beleidigungen nicht zurückshrecken, ist nicht neu, aber die Folgen sind doch erschreckend. Denn es - ermutigt durch die zum Teil in Oldenburg prominenten Universitätsgegner vom rechten Flügel - gehen jetzt offensichtlich Personen dazu über, unter Angabe von falschem Namen und Adresse durch frei erfundene "Erlebnisberichte" die Hochschule zu diffamieren - eine besonders infame Art, die ihre Wirkung aber nicht verfehlten dürfte.

Natürlich war es der CDU-Abgeordnete Werner Broll, der sich genüsslich auf diesen zynischen wie betrügerischen Brief bezog und das ausdrückte, was jener Briefeschreiber offensichtlich gerne suggeriert hätte: fachliche Inkompétence, Bestrebungen, die freiheitlich-rechtsstaatliche (Broll schreibt nicht: freiheitlich-demokratische) Ordnung abzuschaffen und so weiter und so fort.

Am 27. Dezember 1977 veröffentlichte die Nordwest-Zeitung einen Leserbrief eines gewissen Dieter Meineckes, der die Zulassungsprüfung für Nichtabiturienten als einen "Witz" bezeichnete. Er selbst gab an, diese Prüfung an der Universität Oldenburg bestanden zu haben, obwohl er kurz zuvor beim Versuch, den Realschulabschluß zu erreichen, gescheitert sei. Er führte sein

wohl dadurch gerade die Bemühungen um internationale Zusammenarbeit, Frieden und Völkerverständigung unterstützt werden.

In bisher seltener Deutlichkeit belegt das Schreiben der Anhörkommision das Ausmaß der verfassungswidrigen Bespitzelung und Ausforschung durch den "Verfassungsschutz". Man schrekt nicht einmal davor zurück, Briefe an den Rektor der Freien Universität Berlin, den Kanzler der Universität Bielefeld und an die Redaktion einer Zeitschrift sowie interne Rundschreiben der Freundschaftsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland-Kuba als "Beweismittel" zu verwenden.

Angesichts der Ausweitung der verfassungswidrigen Berufsverbote-Praxis und der damit verbundenen, immer weiter um sich greifenden Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei bekräftigt das Konzil seinen Willen zum Widerstand gegen diese Praxis und fordert alle Hochschulmitglieder auf, aktiv gegen die Berufsverbote und für die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte einzutreten und wendet sich mit der

Forderung an die Landesregierung, die verfassungswidrige Berufsverbotspraxis und Gesinnungsschnüffelei unmittelbar zu beenden und alle vom Berufsverbot Betroffenen zu rehabilitieren."

Sternfahrt nach Hannover

Zur Teilnahme an der Sternfahrt nach Hannover am 27. Januar 1978 gegen die zunehmende Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit und aus Solidarität mit dem vorläufig vom Dienst suspendierten Psychologieprofessor Peter Brückner haben die Linke Liste und der Hochschulpolitische Arbeitskreis Oldenburg (HAKO) alle Lehrenden der Universität Oldenburg aufgefordert. Den Aufruf hat sich die Konferenz Wissenschaftlicher Mitarbeiter (KWM) angeschlossen. Auf

der Veranstaltung in der niedersächsischen Landeshauptstadt werden neben dem Landesvorsitzenden der GEW, Dr. Dieter Galas, und dem Rektor der TU Hannover, Professor Otwin Massing der Landesvorsitzende der SPD, Professor Peter von Oertzen, sprechen. Die Linke Liste beabsichtigt, für die Teilnehmer der Sternfahrt, zu der Hochschullehrer aus dem ganzen Bundesgebiet erwartet werden, einen Bus zu mieten. Interessenten melden sich bei Professor Hans Kaiser (Fachbereich III).

Fahrraddemo-Film

Am Donnerstag, 26. Januar, 20.00 Uhr, wird in der Aula ein zweistündiger Film über die Fahrraddemonstration im Jahre 1975 gezeigt.

Projektstudium

Praktikerstellen für Erkundungen

Mit dem nunmehr vom Niedersächsischen Kultusminister ausgefertigten Erlass über die "Entschädigung für die bei außerschulischen Erkundungsvorhaben mitwirkenden Praktiker" ist endlich eine Möglichkeit geschaffen worden, die für Lehramtsstudenten im 1. Studienabschnitt vorgesehenen außerschulischen Erkundungsvorhaben besser als bisher abzusichern. Da aufgrund des Erlasses jetzt die Möglichkeit besteht, den sich für die Vorbereitung und Durchführung von außerschulischen Erkundungen zur Verfügung stellenden Praktikern eine finanzielle Entschädigung zu gewähren, dürfte sich auf die Anwerbung weiterer Berufspraktiker und auf die Eröffnung neuer Praxisfelder für außerschulische Erkundungen positiv auswirken.

Der Erlass sieht die Mitwirkung von Praktikern nach zwei Modellen vor.

Modell I:

- Erkundungsvorbereitung im Umfang von drei Semesterwochenstunden,
- Erkundungsdurchführung und -auswertung im Umfang von drei Stunden wöchentlich während der vierwöchigen Erkundung.

Die Erkundungsvorbereitung sowie die Erkundungsdurchführung und -auswertung werden entweder insgesamt von einem Praktiker durchgeführt, wenn das Erkundungsvorhaben sich z. B. nur auf ein Praxisfeld richtet, oder von mehreren Praktikern, wenn sich das Erkundungsvorhaben auf mehrere kleinere Praxisfelder richtet.

Modell II:

- Erkundungsvorbereitung im Umfang von insgesamt 10 Stunden während des Semesters,
- Erkundungsdurchführung und -auswertung im Umfang von drei Stunden wöchentlich während der vierwöchigen Erkundung.

Die Erkundungsvorbereitung kann auch in Zeitblöcken, z. B. auf Wochenendtagen durchgeführt werden. Die Tätigkeit als mitwirkender Praktiker soll mindestens ein halbes Jahr, in der Regel etwa ein Jahr dauern. Eine Verlängerung ist möglich.

Im Rahmen eines außerschulischen Erkundungsvorhabens wird laut Erlass eine volle Praktikatätigkeit nach Modell I eine Entschädigung von 500,- Mark, für die volle Praktikatätigkeit nach Modell II eine Entschädigung von 220,- Mark gewährt.

Damit die durch den Erlass gegebenen Möglichkeiten bereits bei der jetzt anstehenden Praxisphase zum Zuge kommen, soll nach Mitteilung des ZpB bis auf weiteres folgendes Verfahren durchgeführt werden:

- Projekte können aufgrund des Erlasses Praktiker in außerschulischen Berufsfeldern zur Vorbereitung und Durchführung von Erkundungen anwerben.
- Diejenigen Projekte, bei denen an der außerschulischen Erkundung Berufspraktiker mitwirken sollen, sollen die entsprechenden Namen und Adressen umgehend an das ZpB (z. H. Frau Dräger) weiterleiten.

gesickt. Für Auskünfte und Rückfragen steht im ZpB Frau Dräger jeweils vormittags zur Verfügung.

Da der Erlass rückwirkend vom 1.10.1977 an gilt, werden alle Projekte, in denen bereits außerschulische Praktiker mitgewirkt haben, aufgefordert, dies im ZpB zu melden, damit eine rückwirkende Bezahlung der Praktiker veranlaßt werden kann.

Da insgesamt Mittel für 50 Praktiker pro Halbjahr zur Verfügung stehen und sich bei künftigen Praxisphasen u. U. Verteilungsprobleme ergeben werden, soll mit allen interessierten Projektveranstaltungen, die nach dem SS 1978 eine Erkundung unter Mitwirkung außerschulischer Praktiker planen, über die damit verbundenen Probleme und die Institutionalisierung eines entsprechenden Verfahrens am 1.2.1978 um 10.00 Uhr im ZpB eine Besprechung stattfinden.

Gremien- und Stupawahlen

Fortsetzung von Seite 1

Hochschulgruppe in den Fachbereichen II und III.

gh

Heisenberg-Stipendien

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft vergibt im Jahre 1978 aus Mitteln des Bundes und der Länder bis zu 150 Stipendien für hochqualifizierte junge Wissenschaftler im Rahmen des Heisenberg-Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Bewerber müssen durch eine herausragende wissenschaftliche Leistung ausgewiesen und habilitiert oder gleichwertig qualifiziert sein. Sie sollen die deutsche Staatsangehörigkeit haben und in der Regel nicht älter als 33 Jahre sein. Die Fünfjahresstipendien sind mit einem Netto-Grundbetrag von 2.300 DM pro Monat dotiert, zu dem diverse Zuschläge hinzukommen.

Ein Informationsblatt über die für eine Bewerbung erforderlichen Unterlagen kann bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Heisenberg-Referat, Kennedyallee 40, 53 Bonn 2, angefordert werden.

Bewerbungen, auch Benennungen durch wissenschaftliche Einrichtungen, sind bis zum 1. März 1978 an das Heisenberg-Referat möglich. Die Ausschreibung soll in etwa sechs Monaten erfolgen.

dfg

Kommunale Teilraumplanung

Zum Thema "Kommunale Teilraumplanung" veranstaltet das Projekt "Wohnen und Stadtentwicklung" ein Planerkolloquium am 3. und 10. Februar 1978 im AVZ 2-405. Am 3. Februar werden in der Zeit von 14.00 bis 17.30 Uhr Professor G. Curdes (TH Aachen), Dipl.-Ing. W. Eichstädt (Institut für Urbanistik Berlin) und der Dipl.-Ing. E. Gildenberg (TU Hannover) über das Thema "Die gegenwärtigen Stadtentwicklungsprozesse und die Aufgaben der

Stadtteil-Entwicklungsplanung" unter der Leitung von Klaus Holland diskutieren.

Am 10. Februar findet zur gleichen Zeit eine Podiumsdiskussion mit Dipl.-Ing. Hanns Adrian (Stadtbaudirektor Hannover), Dipl.-Ing. Hans-Reiner Müller-Raemisch (Lt. Baudirektor Stadtplanungsamt Frankfurt) und Dipl.-Ing. Carsten Zillich (Amtsleiter Stadtplanungsamt Oldenburg) unter der Leitung von Erhart Pfotenhauer statt.

Personalien

PROFESSOR HORST E. WITTIG, Lehrstuhl für Allgemeine und Vergleichende Erziehungswissenschaft (Fachbereich I) sowie Leiter der "Forschungsstelle für Auslandsschulwesen (FO)", wurde einstimmig zum Mitglied des Verwaltungsrates, des leitenden Gremiums des Instituts für Auslandsbeziehungen (IfA), Stuttgart, gewählt.

PROFESSOR RAINER KRÜGER, Rektor der Universität, ist vom Niedersächsischen Ministerpräsidenten für weitere drei Jahre zum Mitglied des "Arbeitskreises zur Förderung wissenschaftlicher Forschung in Niedersachsen" berufen worden.

GEROLD PFLÜGER, Student an der Universität Oldenburg, wurde auf der Landesdelegiertenkonferenz des der FDP nahestehenden Liberalen Hochschulverbandes (LHV) als Vorsitzender bestätigt.

ULRICH BERNATH, wissenschaftlicher Assistent im Fachbereich III, leitete auf dem Kongress der Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik e.V. in Berlin vom 2. bis 6. Januar 1978 eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Probleme der Integration der Fachwissenschaft (=Wirtschaftswissenschaft) in das Projektstudium der einphasigen Lehrerausbildung".

Ausschreibungen · Ausschreibungen · Aus

FACHBEREICH I, vorbehaltlich der Genehmigung des Senats sind mehrere Tutorenstellen zu besetzen. Bewerbungen bis zum 31.1.78 an die Geschäftsstelle des FB I (G 003). Nähere Hinweise am Schwarzen Brett.

FACHBEREICH III, mehrere Tutorenstellen zum 1. April 1978 zu besetzen. Bewerbungen bis zum 3. Februar an die Geschäftsstelle des FB III. Bewerbungsunterlagen sind dort erhältlich.

FACHBEREICH III, befristete (bis 31. März 1980) Stelle für eine Sekretärin, Sachbearbeiterin (BAT VIb) zum 1. Februar 1978 (Forschungsprojekt). Bewerbungen unter Angabe der Kennziffer - Stbaufg.-VIb - bis zum 25.1.78 an den Rektor der Universität Oldenburg, z.H. Professor Siebel, Postfach 2503.

DEZERNAT PLANUNG UND STATISTIK. Ab sofort eine wissenschaftliche Hilfskraft stelle zu besetzen. Gesucht wird ein(e) Student(in) mit Fachrichtung Ökonomie oder Soziologie, Schwerpunkt Bildungsplanung. Bewerbungen sind bis spätestens 1 Woche nach Erscheinen des Infos an das Dezernat 5 der Universität zu richten (oder im Zimmer 309 Gebäude A abzugeben).

Zitat

"Die Studenten wie die Beamten leben in einem besonderen Gewaltverhältnis. Für Strafgefangene gilt das auch." Der Sprecher des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums, Jobst von Wendorff, zum Thema Ordnungsrecht an den Hochschulen. (laut Frankfurter Rundschau vom 13. Januar 1978).

Termine · Termine

MONTAG, 23.1.78, 19 Uhr, Hörsaal B. Film "Der Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter bei LIP" (Besetzung der Uhrenfabrik LIP in Besançon und Übernahme der Produktion durch die Beschäftigten) von Edith Schmidt/ David Wittenberg (Frankfurt). Anschließend Diskussion mit den Filmemachern. Eintritt frei.

MONTAG, 23.1.78, 8.15 Uhr, AVZ 4-442. Anhörungen Projekt: "Vorbereitende Untersuchung nach StBauFG" wissenschaftliche Mitarbeiter (BAT II a). Uwe Jens Walther (Darmstadt), Johann Jessen (Darmstadt), Andreas Weicken (Aachen), Stephan Reiß-Schmidt (Aachen).

MONTAG, 23.1.1978, 20 Uhr, Aula. Podiumsdiskussion zum Thema "Zum aktuellen Stand der Reform der Sek. II - Ziele, Probleme, Perspektiven-Diskussionsteilnehmer: R. Bade (GEW-Niedersachsen), Dr. K. Becker (Verwaltungspräsidium Oldenburg), Dr. E. Scheithauer (Philologenverband Niedersachsen). Leitung: Prof. Dr. A. Holtmann (Uni Oldenburg).

DIENSTAG, 24.1.78, 18 Uhr, AVZ 2-405. Vortrag von Dr. Nicolai (Wilhelmshaven) zum Thema "Ethologi-

sche Grundlagen des Brutparasitismus der afrikanischen Witwenvögel".

DIENSTAG, 24.1.78, 8.15 Uhr, VG 104 Anhörungen Projekt: "Vorbereitende Untersuchung nach StBauFG" wissenschaftliche Mitarbeiter (BAT II a). Lothar Trinter (Oldenburg), Irmgard Jahnke (Ulm/Donau), Knut Persson (Bochum).

MITTWOCH, 25.1.78, 18 Uhr, Hörsaal F Vortrag von Professor Helga Grebing zum Thema "Arbeiterbewegung und Faschismus am Ende der Weimarer Republik".

MONTAG, 30.1.78, 8.00 Uhr, D 103. Anhörung zur Stelle Akad.Rat.-"Musik"

MONTAG, 30.1.78, 17 Uhr, AVZ 2-405. Gastvortrag im Rahmen des Physikalischen Kolloquiums von Professor Hannelore Schwedes (Universität Bremen) zum Thema "Zur Frage der emotionalen Erziehung im naturwissenschaftlichen Unterricht".

DIENSTAG, 31.1.78, 18-20 Uhr, AVZ 2-405. Veranstaltung im Rahmen eines Lehrauftrages mit Dr. Franke (Hannover) zum Thema "Wirkungen ionisierender Strahlung auf Menschen".

DIENSTAG, 31.1.78, 16 Uhr, VG 001. Heide Wolff referiert im Rahmen des Colloquiums "Aktuelle Fragen der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik" zum Thema "Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1977/78".

MITTWOCH, 1.2.1978, 16 Uhr, AVZ 3-449. Gastvortrag von Dr. Albrecht Funk (FU Berlin) zum Thema "Landwirtschaft als Vorrangfunktion für peripherie Gebiete - Entwicklungs-Potential oder -Hemmnis?"

DONNERSTAG, 2.2.78, 16 Uhr, AVZ 2-405. Gastvortrag im Rahmen des Physikalischen Kolloquiums von dem Diplom-Physiker Roland Kollert (Bremen) zum Thema "Perspektiven einer Plutonium-Wirtschaft - Konsequenzen eines geplanten Brutreaktorsystems".

DIENSTAG, 7.2.78, 16 Uhr, VG 001. Herbert Schui (Universität Bremen) hält im Rahmen des Colloquiums "Aktuelle Fragen der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik" einen Vortrag zum Thema "Die Preisentwicklung im oligopolistischen Sektor während der letzten Rezession".